



Kernenergie, Europapolitik und Bilaterale III

Die Lösung der Energiefrage ist eine der grossen Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen. Unabhängig davon, für welchen Weg wir uns entscheiden, ist bereits jetzt klar, dass wir uns auf eine massive Verteuerung der Energiekosten einstellen müssen. In den vergangenen Jahren hat ein ständiger Anstieg des Stromkonsums stattgefunden. Die Schweiz verbraucht heute 150 Prozent mehr Strom als vor dem Einstieg in die Kernenergie im Jahre 1969. Effizienzverbesserungen bei Geräten und Anlagen wurden stets aufgewogen durch zusätzliche Energienutzer. Es sind grosse Zweifel angebracht, ob sich das in naher Zukunft grundlegend ändern wird. Ohne weitere technologische Fortschritte wird es uns kaum gelingen, allein mit Einsparungen und der Erhöhung der alternativen Energieproduktion den 40-Prozent-Anteil der Kernenergie zu kompensieren. Es darf aber auch nicht sein, dass der fehlende Strom im Ausland eingekauft werden muss, und zwar Strom von unklarer Herkunft. Der vorübergehende Einsatz von Gaskombikraftwerken würde die geplanten CO₂-Reduktionen vereiteln. Das Parlament tut deshalb gut daran, die verschiedenen Optionen sachlich zu diskutieren und von einem populistischen Schnellschuss abzusehen.

Im Gegensatz dazu sind zum Thema der Europapolitik und der Bilateralen III genügend Grundlagen vorhanden, sodass klare Aussagen gemacht werden können. Grundsätzlich ist der bilaterale Weg der richtige Weg. Wenn man aber unter Bilateralismus immer mehr automatischen Nachvollzug versteht, wird dies zur Farce. Gerade linke

In Sachen Energiekosten müssen wir uns auf eine massive Verteuerung einstellen. Nur dank weiterer technologischer Fortschritte können wir, zusammen mit Sparanstrengungen, die Abhängigkeit verringern. Dem Parlament steht eine spannende Diskussion bevor.

VON THOMAS HURTER

Parteien und Organisationen sowie gewisse Exponenten der FDP möchten am liebsten unsere Schweiz via bilateralen Weg der EU übergeben. Die Mehrheit der Bevölkerung der Schweiz will sich aber nicht an einen grossen kranken Bruder hängen. Die vergangenen Monate haben sehr deutlich aufgezeigt, was es heisst, wenn die Staaten ihre Eigenverantwortlichkeit aufgeben. Die enormen Staatsschulden verschiedener

europäischer Länder zwingen diese, Gelder und Garantien zu organisieren. Dadurch entsteht eine steigende Unzufriedenheit in den einzelnen EU-Staaten. Kein Wunder, ist die stabile Schweiz ein Ort von Interesse. Die Einwanderungszahlen in der Schweiz haben sich in den letzten Jahren stetig erhöht, mit einem Ausländeranteil von 24 Prozent sind wir an der Spitze Europas. Sogar das Bundesamt für Statistik hat in einer Medienmitteilung vom 29. März mitgeteilt, dass aufgrund der internationalen Migration zwischen 2010 und 2035 das Bevölkerungswachstum in einzelnen Kantonen bis zu 20 Prozent zunehmen wird. Da stellt sich dann tatsächlich die Frage, ob unsere Infrastruktur ein solches Wachstum überhaupt zu bewerkstelligen vermag, ganz zu schweigen vom erhöhten Ressourcenbedarf.

Es ist daher nicht verwunderlich, dass die Schweizer Bevölkerung einer solchen Entwicklung nicht nur Freude entgegenbringt, auch wenn die Wirtschaft immer wieder betont, Fachkräfte seien in ungenügender Zahl vorhanden. 2008 und 2009 hat der Bundesrat – wohl aus Angst vor Repressalien – freiwillig auf die Ventilklausel verzichtet, obschon die Zuwanderungszahlen um mehr als zehn Prozent überschritten wurden. Mit dem Verzicht hat man ein Versprechen gegenüber der Bevölkerung gebrochen und den an sich richtigen bilateralen Weg arg strapaziert. Erst 2012 bietet sich die Möglichkeit der Aktivierung der Ventilklausel wieder, für viele ist der Zug damit schon abgefahren.

Thomas Hurter ist SVP-Nationalrat des Kantons Schaffhausen.